

**Tina Winklmann**

- (A) Liebe Uhrmacherinnen und Uhrmacher, verzeihen Sie mir eventuelle fachliche Fehler in der Ausführung des folgenden Beispiels. Aber wenn es um Präzision geht, passt das Uhrmacher/-innen-Handwerk hervorragend. Und Präzision brauchen wir hier. Wir bringen die Uhr – hier als Synonym für die Strategie – zum Laufen. Der Bedarf an Fachkräften dreht an der Krone. Er rüttelt eigentlich schon richtig. Das bringt die Spiralfeder, die Zahnräder in Schwung. Wir als Ampelregierung montieren diese Zahnräder mit gezielten Maßnahmen, mit verschiedenem Handwerkszeug, wie zum Beispiel durch die Weiterbildungsplattform, die Stärkung der Weiterbildungsverbände. Das bringt den Menschen verschiedene Möglichkeiten näher.

Ein Zahnrad wird gezielt für die Vereinbarkeit von Familie und Weiterbildung eingebaut werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Und das wird dann auf das Ziffernblatt übertragen, sodass für alle sichtbar ist: Wo gibt es was? Was kann ich machen? Was gibt es überhaupt, und wo wird was gebraucht? – Wir müssen raus aus dem Dschungel. Wir brauchen keinen Dschungel, sondern ein kurzes, schnelles Suchen und Finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

- (B) Fachkräfte und Arbeitskräfte aus nah und fern halten unsere Arbeitswelt am Laufen. Sie bringen uns alle voran. Die Fachkraft, die Arbeitskraft von morgen wird jetzt ausgebildet und jetzt weitergebildet. Ein wichtiger Punkt ist die Weiterbildungsmöglichkeit. Es ist wichtig, die Weiterbildung für alle zugänglich zu machen. Auch dieses Zahnrad setzen wir in die Uhr ein, ein flexibles Zahnrad, das uns allen die Möglichkeit des Weiterkommens bietet.

Die Arbeitswelt ist im Wandel, so wie es schon immer war, aber die Uhr läuft jetzt schneller. Sie läuft anders. Wir müssen handeln. Es pressiert. Und das tun wir mit Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, den Fachkräften von heute und den Fachkräften von morgen und übermorgen. Dafür stellen wir das Handwerkszeug mit diesem Haushalt als Auftakt.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Der nächste Redner in der Debatte ist Stephan Stracke, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Stephan Stracke (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Inflation macht arm, und hohe Inflation macht schnell arm. Das betrifft vor allem diejenigen, die es bereits schwer haben. Das sind die Geringverdiener und diejenigen, die gar keinen Job haben. Aber das betrifft auch die breite arbeitende Mitte dieser Gesellschaft. Des-

wegen zeichnet sich gute Sozialpolitik immer dadurch aus, dass sie auf Preisstabilität achtet und eine gute Wirtschaftspolitik macht. Genau das sind die Leerstellen dieser Koalition. (C)

(Marianne Schieder [SPD]: Na, na!)

Wir müssen das Leben für die Mitte der Gesellschaft bezahlbar halten. Ihr Entlastungspaket kommt zunächst einmal wuchtig daher. Es kommt aber zu spät, und es wirkt zu spät.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Viele der angekündigten Entlastungen greifen erst zum Jahresende 2022 oder kommen vielleicht erst 2023 mitten in der kalten Jahreszeit. Bis dahin explodieren die Kosten weiter und überholen die Entlastungen, bevor sie überhaupt gewährt werden. Natürlich ist es richtig – und es war auch überfällig –, dass Sie jetzt Rentnerinnen und Rentner sowie die Studierenden in das Entlastungspaket aufnehmen, was die Energiepreispauschale angeht. Sie hatten aber diese Gruppen von Ihren vorherigen Entlastungspaketen bewusst ausgenommen; darauf haben wir immer wieder hingewiesen. Sie korrigieren das jetzt. Das erkennen wir ausdrücklich an.

Natürlich ist es bei den Preissteigerungen auf dem Energiemarkt richtig, auf Verfügbarkeit und Preis zu achten. Deswegen ist es falsch, ganz bewusst Kapazitäten aus dem Markt zu nehmen. Genau das tun Sie bei der Atomenergie; denn der Bundeswirtschaftsminister hat sich nicht dazu durchringen können, die Atomenergie weiterlaufen zu lassen – und diese Koalition macht das mit, die Atomkraft beispielsweise in die Reserve zu schicken. Michael Vassiliadis hat eine andere Haltung dazu. Im Deutschlandfunk sagte er: Wir brauchen alles an Stromkapazitäten, was wir zur Verfügung haben, und zwar bis 2024. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und wo er recht hat, hat er recht. Er weiß genau, was das bedeutet, auch für die Arbeitsplätze in Deutschland.

(Marianne Schieder [SPD]: Für den Mindestlohn ist er auch! Da haben Sie aber auch nicht mitgestimmt!)

Zur Strompreisbremse. Es ist vollkommen unklar, in welcher Höhe und wann sie kommt. Also: Die Entlastungen haben Sie aufgeschrieben. Aber es ist vollkommen unklar, wann diese tatsächlich kommen. Beim Gas gibt es die größte Leerstelle, die Sie im aktuellen Entlastungspaket haben. 20 Millionen Menschen und viele Unternehmen lassen Sie alleine bei der Gaspreisentwicklung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hinzu kommt: Mit der Gasumlage belasten Sie ja die Haushalte zusätzlich. Das alles passt nicht zusammen.

Es ist richtig, Herr Bundesminister, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Aber die Preissteigerungen kommen an, auch beim Mittelstand, bei der Mittelschicht und der arbeitenden Bevölkerung. Und wenn die Insolvenzgefahr steigt, dann ist es richtig, die Regelungen zur Kurzarbeit als Instrument zu verlängern. Aber gleichzeitig muss man sagen, Herr Bundesminister: Wir müssen dann auch über die notwendigen Mittel reden und dürfen nicht alleine auf

**Stephan Stracke**

- (A) Darlehen abheben, sondern müssen auch auf Zuschüsse setzen. Ansonsten haben wir letztendlich mit Zitronen gehandelt. Darlehen führen nur zu weiteren Belastungen für Unternehmer und Steuerzahler. Da besteht noch Handlungsbedarf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen natürlich auch, dass Langzeitarbeitslose wieder Fuß fassen, gerade nach der Coronakrise. Und da brauchen wir von Ihnen überhaupt keine Nachhilfe; denn wir waren 16 Jahre in der Koalition unter Angela Merkel sehr erfolgreich, was den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit angeht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber Sie sind es doch, die die Mittel zur Deckung der Verwaltungskosten bei den Jobcentern kürzen. Sie sind es doch, die die Mittel für Integrationsleistungen um 600 Millionen Euro kürzen.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Und das bedeutet im Übrigen eine Absenkung der Integrationsmittel pro Kopf gegenüber 2019 um 20 Prozent. Um 20 Prozent! Ist das der Respekt, den Sie den Langzeitarbeitslosen entgegenbringen?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen mehr Chancen, aber doch nicht auf die Weise, dass Sie die Mittel für Langzeitarbeitslose absenken. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Dr. Tanja Machalet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Tanja Machalet (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stracke, ich hätte mir wirklich gewünscht, Sie hätten mehr Zeit darauf verwendet, uns zu erläutern, welche Vorstellungen Sie im Hinblick auf den Sozialetat haben.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Geben Sie mir mehr Minuten! Dann mache ich das!)

Also, dass wir jetzt die Atomkraftwerke laufen lassen sollen, um die Mittel im Sozialetat reduzieren zu können, das ist schon beachtlich.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Wirtschaftspolitik, Frau Machalet! Das gehört zusammen! – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Nichts verstanden!)

Es wäre trotzdem schön gewesen, wenn Sie uns erläutert hätten, welche Vorstellungen Sie im Hinblick auf unseren Sozialstaat haben. Das haben Sie nicht getan. Weil Sie sich um die Langzeitarbeitslosigkeit sorgen, möchte ich auch noch mal daran erinnern: Es waren nicht Sie, die § 16e im SGB II vorangetrieben haben,

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Doch, natürlich! § 16e haben wir vorangetrieben!)

also die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den sozialen Arbeitsmarkt, sondern wir. (C)

(Beifall bei der SPD – Stephan Stracke [CDU/CSU]: Das ist Geschichtsklitterung!)

Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, dafür zu sorgen, dass wir durch einen starken, handlungsfähigen Sozialstaat die Solidarität und die wirtschaftliche Stabilität in diesem Lande in diesen schwierigen Zeiten gewährleisten. Genau dazu leistet der Einzelplan 11 einen großen Beitrag.

Wir werden natürlich – Sie haben das auch eingefordert – die Entlastungsmaßnahmen schnell auf den Weg bringen. Ich denke, es ist uns allen klar, dass wir das jetzt tun müssen. Aber es geht natürlich auch darum, dass wir langfristig strukturelle Reformen in den sozialen Sicherungssystemen angehen. Das Bürgergeld ist ein Baustein dessen. Ihnen fällt da ja nur das Sanktionsmoratorium ein – Sie haben es ausgeführt –, aber nicht, wie Sie sich das Ganze vorstellen.

Da die Stichworte „Bürgergeld“ und „Kurzarbeit“ in den Ausführungen des Ministers und auch bei Ihnen, Herr Stracke, eine Rolle gespielt haben, will ich noch mal auf die Bundesagentur für Arbeit zu sprechen kommen. Ich möchte, dass die Bundesagentur für Arbeit für die Herausforderungen, vor denen sie steht, zum Beispiel, wenn es wieder zu Kurzarbeit kommt, entsprechend gewappnet ist. Damit meine ich auch die Herausforderungen, die sich aus dem ergeben, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben,

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Dann machen Sie doch! – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Kürzen Sie den Verwaltungstitel!)

(D)

nämlich die Weiterentwicklung zur Weiterbildungs- und Qualifizierungsagentur. Es geht natürlich auch darum, dass die Bundesagentur den Fachkräftebedarf in den eigenen Organisationen bewältigen kann. Aber mir geht es vor allem darum, an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bundesagentur ganz herzlich Danke zu sagen für das, was dort im Hinblick auf die Kurzarbeit geleistet worden ist. Das war wirklich ganz hervorragend.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass wir auf sie bauen können, wenn wir wieder in die Situation kommen, Kurzarbeitergeld auszahlen zu müssen. Ich denke, es ist in unser aller Sinne, wenn wir die Bundesagentur so ausstatten, dass sie alles hat, was sie benötigt.

Ich könnte jetzt natürlich auch noch darauf hinweisen, dass es mir als Rentenpolitikerin wichtig ist, dass wir jetzt auch den Rentnerinnen und Rentnern eine Pauschale auszahlen.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Dr. Tanja Machalet (SPD):**

Aber fast noch wichtiger ist, dass wir das Signal senden, dass wir im Herbst das Rentenniveau stabilisieren. Ich bin gespannt, wie Sie sich dazu verhalten. Wir haben also noch einiges vor mit diesem Haushalt.